

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation

Sitzungstermin: Dienstag, 18.06.2024
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:22 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Göring, André

SPD-Fraktion
ten Hove, Andreas (bis 18:01 Uhr)
Wilts-Heuse, Amke
Winter, Maria für Detlef Kruse

CDU-Fraktion
Falbe, Ole
Verlee, Gerold

Gruppe GRÜNE feat. Urmel
Nützel, Christian für Andrea Marsal

FDP-Fraktion
Bolinus, Erich für Hillgriet Eilers

GfE-Fraktion
Janssen, Bernd

Verwaltungsvorstand
Kruithoff, Tim

von der Verwaltung
Buß, Thomas
Schröder, Rolf-Dieter

Protokollführung
Klaaßen, Celina

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Göring begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 18.06.2024

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 07.11.2023 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 07.11.2023 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 25.01.2024 - öffentlicher Teil

Beschluss: Das Protokoll Nr. 20 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 25.01.2024 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 5 Rückkehr zum aktuell gültigen Sprachgebrauch in der Emdener Verwaltung;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 14.05.2024
Vorlage: 18/1228

Herr Bolinius erklärt, er beantrage die Rückkehr zum aktuell gültigen Sprachgebrauch in der Verwaltung. Seine Fraktion habe sich intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Er führt aus, die überwiegende Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehne die Gendersprache ab und verweise auf das seit April 2024 bestehende Genderverbot in Bayern, welches vom Deutschen Lehrerverband begrüßt werde. Auch in einigen anderen Bundesländern gelten Genderzeichen in der Schule als Rechtschreibfehler. Die hessische Landesregierung habe ebenfalls die Gendersprache in der Verwaltung verboten.

Er stellt heraus, die Gendergegner hätten weder Angst vor Veränderungen noch vor der Gendersprache. Seiner Ansicht nach werde von einer kleinen Minderheit versucht, eine moralisch überfrachtete Kunstsprache auszudrücken, was er für undemokratisch halte. Ihm gehe es nicht darum, das Gendern zu verbieten. Wie jemand privat spreche, gehe ihn nichts an. Er wolle erreichen, dass an den Schulen, Hochschulen und im öffentlichen Dienst und hier in der Emdener Stadtverwaltung gegen den Rat der deutschen Rechtschreibung keine Gender-Sprachpraktiken verwandt würden. Zur Verdeutlichung geht er auf einige Beispiele ein, bei denen das Gendern seiner Ansicht nach unnötige Sprachbarrieren errichte, zu sprachlichen Missverständnissen sowie Sprachzerstörung führe und die Geschlechtergerechtigkeit behindere, da Frauen in Opferrollen gedrängt würden, die sie lange nicht mehr innehaben würden.

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 18.06.2024

Abschließend fasst Herr Bolinius zusammen, die Emdener FDP-Fraktion sei der Meinung, gendern sei bürokratisch, hässlich und würde die Sprache, die den Menschen zur Kommunikation diene, mit unnötigen politischen Botschaften überfrachten. Er bittet darum, seinem Antrag zuzustimmen.

Herr Göring bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Herr Verlee begrüßt den Antrag der FDP-Fraktion. Auch er tue sich mit einigen Begrifflichkeiten schwer, zumal es Ausmaße annehme, die seine Fraktion nicht mehr mittragen wolle. Man sollte sich auf einen Sprachgebrauch für den gesamten Rat einigen.

Frau Wilts-Heuse findet die Verwendung einer gendergerechten Sprache schon längst überfällig. Die Art, wie miteinander kommuniziert werde, dürfe niemanden außen vor lassen und das Gefühl geben, nicht gemeint zu sein. Es sei eine sprachliche Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Je selbstverständlicher man die Sprache nutze, desto eher mache das am Ende auch etwas mit dem Denken. Dass sich niemand ausgeschlossen fühle, sollte im Jahr 2024 Ziel aller sein.

Frau Winter erklärt, Frauen seien auch hier im Rat immer noch in der Minderheit. Sie könne nicht nachvollziehen, dass konservative Fraktionen im Rat mit einem geringen Frauenanteil auf das Gendern verzichten wollen. Seit über 100 Jahren würden Frauen für die Gleichberechtigung kämpfen. Sie würden es verdienen, auch als Frauen wahrgenommen zu werden sowohl im Sprachgebrauch und als auch in der Schriftform.

Weiter führt Frau Winter aus, die SPD-Fraktion mache einen solchen Rückschritt nicht mit. Der Antrag erinnere sie sehr stark an die Position der AfD. Frau Winter verweist auf einen Entwurf des Nds. Gleichberechtigungsgesetzes, welches die Entgegenwirkung der Geschlechterdiskriminierung regelt. Ihre Fraktion werde dem abweichenden Beschlussentwurf der Verwaltung zustimmen.

Herr Nützel bemerkt, über dieses Thema lasse sich lang und breit diskutieren. Eine Diskussion auf kommunaler Ebene empfinde er in gewisser Weise als Zeitverschwendung. Er wisse auch nicht, was die FDP-Fraktion mit ihrem Antrag erreichen wolle. Der Oberbürgermeister habe bereits umfänglich geantwortet. Dennoch werde der Antrag in der heutigen Sitzung behandelt. Zudem stehe in der Beschlussvorlage, in der Verwaltung gebe es keine Anordnung, dass die Gendersprache angewandt werden müsse. Daher halte er sowohl diese Vorlage als auch den Antrag der FDP-Fraktion für sinnlos und sei darüber auch sehr verwundert. Herr Nützel zitiert einen Beschluss des Bundesvorstandes der FDP von 2024:

„Sprachliche Reglementierungen, die Rechtschreibung und auch den mündlichen Ausdruck einschneidend verändern und dabei nicht auf gesellschaftlichen Konsens achten, können nicht Teil einer liberalen Gesellschaft sein. Wer texterweiternde Nennungen von unterschiedlichen Geschlechtern und Identitäten wünscht, soll das tun, wer es nicht will, soll es beim generischen Begriff belassen – alle sollen hier frei sein, sich so auszudrücken, wie sie es wollen.“

Weiter stellt er heraus, er hätte sich gewünscht, dass auch die Emdener FDP-Fraktion dieser Passage folge. Zudem halte er diese Angelegenheit für ein einschlägiges AfD-Thema und den Antrag der FDP-Fraktion mehr spaltend als einend.

Herr ten Hove erklärt, er werde dem abweichenden Beschluss der Verwaltung zustimmen. Seiner Ansicht nach sollte jede Person selbst entscheiden dürfen, ob sie gendern möchte oder nicht.

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 18.06.2024

Herr Falbe führt aus, es gehe hier nicht darum, Frauen zu unterdrücken oder sie schlechter darstellen zu lassen. 65 % der Menschen in Deutschland würden die Gendersprache ablehnen. Das sollte ein Zeichen sein, die Sprache nicht mit Gewalt zur Veränderung zu bringen. Es gehe hier lediglich um die obligatorische Nutzung des Gendersternchens und nicht um ein Verbot. Er stellt sich die Frage, warum man hier nicht vernünftig miteinander reden könne und gleich diffamiert werde.

Herr Kruithoff bemerkt, er erlebe die Diskussion nicht so, als wolle irgendjemand irgendwen in die rechte Ecke stellen. Seiner Ansicht nach hätten sich bedauerlicherweise verschiedenste Politiker die Instrumente der Populisten zu eigen gemacht. Man nehme bei Themen, die die Gesellschaft spalten, Extrempositionen ein, die nie so gefordert gewesen seien, nur um damit Aufmerksamkeit und Spaltung zu generieren. Als Beispiel nennt er den Ministerpräsidenten Bayerns, der auf Basis einer Empfehlung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung verkündete, „er lasse sich nicht zwangsveganisieren“. Eine Forderung, die nie im Raum gestanden habe, dessen populistische Nutzung ihm gleichwohl einmal mehr Aufmerksamkeit verschaffte. In der Gender-Diskussion werde es am Ende kein links oder rechts geben, sondern nur unterschiedliche Meinungen dazu.

Weiter führt er aus, Sprache würde sich entwickeln. Niemand erwarte von dem anderen, dass man die perfekte Antidiskriminierungsperson über Nacht werde. Aber es sei wichtig, dass man nicht mehr in einem so engen Korsett denke, wie man es irgendwann einmal in der Schule gelernt habe. Am Ende gehe es um einen respektvollen Umgang miteinander und darum, niemanden zu diskriminieren und auszuschließen. Auf Vorschlag der Gleichstellungsbeauftragten habe man im Verwaltungsvorstand diskutiert und schließlich beschlossen, jedes Dokument, welches zur Überarbeitung anstehe, auf eine gendergerechte Sprache anzupassen. Hierbei würde das Gendersternchen verwendet, weil es derzeit keine einheitliche Regelung für gendergerechte Sprache gäbe. Insbesondere die jungen Frauen würden ihm das Feedback geben, dass sie gesehen und wahrgenommen werden möchten. Das dürfe man nicht einfach wegwischen, in dem gesagt werde, eine Mehrheit möchte das nicht. Er führt aus, dass das auch Konservative einfach mal aushalten müssten. Abschließend bemerkt Herr Kruithoff, in unserem Land würde es im Moment so viele wichtige und große Themen sowie drängende Probleme geben, mit denen sich Politik auseinandersetzen müsse, dass man seine Energie viel besser darauf verwenden sollte.

Herr Bolinius stellt heraus, dass 80 % der Bevölkerung gegen die Gendersprache seien. Weiterhin weist er in aller Schärfe die Aussagen hinsichtlich der AfD von Frau Winter und Herrn Nützel zurück. Viele Landtage hätten entschieden, die Gendersprache nicht zu nutzen. Das seien auch nicht alle AfD-Leute. Er verbitte sich solche Bemerkungen. Die FDP-Fraktion habe sich ausführlich mit dem Thema beschäftigt. In Niedersachsen sei eine Volksinitiative gegen das Gendern gestartet worden. Das Ergebnis bleibe abzuwarten. Auch werde der Rat der Stadt Emden erst im September über die heutige Vorlage abstimmen. Er hoffe, dass die Ratsmitglieder zu einer anderen Auffassung kämen. Seine Fraktion werde ihren Antrag aufrechterhalten.

Herr Kruithoff führt aus, dass die Datenquellen, die die FDP in ihrem Antrag benenne, keinesfalls als wissenschaftlich noch repräsentativ oder aktuell genannt werden können.

Frau Wilts-Heuse wirft ein, dass es sich bei dieser Diskussion um reine Zeitverschwendung handele.

Herr Verlee erklärt, er habe den Antrag so verstanden, dass es gelte, eine klare Leitlinie für den Rat festzulegen. Er habe kein Problem damit, in der weiblichen Form angesprochen zu werden.

Herr Göring lässt zunächst über den Beschlussvorschlag der Antragstellerin abstimmen.

Protokoll Nr. 24 über die Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten und innere Organisation am 18.06.2024

Beschluss: Mit diesem Ratsantrag fordern wir die Verwaltung auf, die sogenannte Gendersprache im Schriftlichem, bei Rechts- und Verwaltungsvorschriften, sowie im dienstlichen Verkehr in der Verwaltung, seinen Organen und beteiligten Unternehmen nicht mehr zu nutzen. Auch bei öffentlichen Auftritten sollten Vertreter der Verwaltung und der Stadt Emden die Gendersprache nicht mehr obligatorisch nutzen müssen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Ja-Stimmen: 3	Nein-Stimmen: 6	Enthaltungen: 0
---------------	-----------------	-----------------

Anschließend lässt er über den abweichenden Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Abweichender Beschlussentwurf der

Verwaltung: Der Antrag ist abzulehnen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit zugestimmt

Ja-Stimmen: 6	Nein-Stimmen: 3	Enthaltungen: 0
---------------	-----------------	-----------------

TOP 6 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.